

Große Anfrage

der Abgeordneten Peter Kittelmann, Michael Stübgen, Dr. Renate Hellwig, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Dr. Andreas Schockenhoff, Peter Bleser, Georg Brunnhuber, Dr. Hermann Schwörer, Dr. Harald Schreiber, Wolfgang Vogt (Düren), Friedrich Vogel (Ennepetal), Hartmut Koschyk, Editha Limbach, Wilfried Böhm (Melsungen), Wilfried Seibel, Dankward Buwitt, Dr. Gero Pfennig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Dr. Cornelia von Teichman, Georg Gallus, Burkhard Zurheide, Torsten Wolfgramm (Göttingen), Uta Würfel, Arno Schmidt (Dresden), Dr. Gisela Babel, Ulrich Irmer, Dr. Otto Graf Lambsdorff und der Fraktion der F.D.P.

Vollendung des europäischen Binnenmarktes

Mit der Vollendung des Binnenmarktprogramms zum 1. Januar 1993 hat sich eine weitere wichtige Etappe hin zur Europäischen Union vollzogen. Der Binnenmarkt bringt dem Verbraucher durch lebhaften Wettbewerb eine größere Angebotspalette und niedrigere Preise. Die Beseitigung der Hemmnisse, die dem freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital entgegenstehen, führen zu mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft auf dem internationalen Markt wird verbessert. Das durch die Einheitliche Europäische Akte vorgegebene Zieldatum des 1. Januar 1993 war von entscheidender Bedeutung für die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes. Es hat – im Zusammenwirken mit anderen Maßnahmen – den Entscheidungsprozeß in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft beschleunigt und zu einer zügigen Verabschiedung der überwiegenden Zahl der knapp 300 Einzelvorhaben, die nach dem Weißbuch der Kommission für die Vollendung des Binnenmarktes erforderlich sind, beigetragen. Die meisten Maßnahmen des Weißbuches der EG-Kommission wurden schon vor dem Stichdatum des 1. Januar 1993 verabschiedet oder verwirklicht. Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes ist allerdings ein dynamischer Prozeß, der auch nach dem 1. Januar 1993 fortgesetzt wird. Einzelne Regelungen stehen noch aus, andere müssen noch in nationales Recht umgesetzt werden, wieder andere bedürfen der Überprüfung bzw. der Überarbeitung. Im Interesse der Akzeptanz der europäischen Idee durch den Bürger ist die Bundesregierung aufgefordert, an ihrer Europapolitik festzuhalten und sich für die Aufhebung auch der letzten noch verbleibenden Hemmnisse im Binnenmarkt einzusetzen.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Das Binnenmarktziel und seine Realisierung

1. Ist das Binnenmarktziel nach Artikel 8 a EWGV erreicht worden?
2. Welche für ein reibungsloses und effizientes Funktionieren des Binnenmarktes notwendige Regelungen stehen nach dem 1. Januar 1993 noch aus?
3. Welche noch verbliebenen Grenzkontrollen gibt es bei Waren und bei Personen, und wann werden diese endgültig beseitigt?
4. Sind der Bundesregierung Maßnahmen in Partnerländern bekannt, die anstelle der abgeschafften Grenzkontrollen auf eine Überwachung des Warenverkehrs abzielen?
5. Ist nach Ansicht der Bundesregierung nach der Beseitigung der Grenzkontrollen für Personen eine stärkere Koordinierung im Bereich innere Sicherheit und Ordnung in den Mitgliedstaaten erforderlich?
6. Wie bewertet die Bundesregierung den Binnenmarkt im Gesamtzusammenhang der europäischen Integration?
7. Welche Maßnahmen sind getroffen worden, um die gleichmäßige und effektive Anwendung der Binnenmarktregelungen in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten?

II. Allgemeine wirtschaftliche Auswirkungen des Binnenmarktes

8. Welche direkten und welche indirekten Vorteile hat die europäische Wirtschaft vom Binnenmarkt?
Gibt es hierüber – im Nachgang zum sog. „Cecchini-Bericht“ – neuere wissenschaftliche Untersuchungen, und wenn ja, welche, und mit welchem Ergebnis?
9. Wie hat sich der Binnenmarkt auf die Entwicklung der europäischen Regionen ausgewirkt?
10. Welche Auswirkungen hat der Binnenmarkt auf die Wirtschaft der neuen Bundesländer?
11. Welche Richtlinien und Verordnungen sollten nach Auffassung der Bundesregierung im Hinblick auf den Grundsatz der Subsidiarität überprüft bzw. nicht weiterverfolgt werden, und welche Richtlinien sind besonders vordringlich zu behandeln, weil eine Reihe von Problemen ausschließlich auf europäischer Ebene gelöst werden kann?

III. Auswirkungen auf einzelne Wirtschafts- bzw. Politikbereiche

12. Wie beurteilt die Bundesregierung die Übergangsregelungen für die Mehrwertsteuer und die spezifischen Verbrauchsteuern?
13. Wie wirkt sich die Liberalisierung im Straßengüterverkehr auf die deutsche Wirtschaft aus, vor allem im Hinblick auf den

Wegfall der Tarife und der Kontingente im grenzüberschreitenden Verkehr sowie auf eine künftige Kabotageregelung?

14. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Liberalisierungsschritte im europäischen Luftverkehr, insbesondere im Hinblick auf die Tourismusbranche wie auch auf die deutschen Luftfahrtunternehmen?
15. Wie hat sich der Binnenmarkt auf kleine und mittlere Unternehmen sowie auf die Freien Berufe ausgewirkt?
16. Welche Auswirkungen hat der Binnenmarkt für Bankdienstleistungen bzw. die Liberalisierung des Kapitalverkehrs auf die deutsche Wirtschaft, die Verbraucher und Bankkunden?
17. Welche Auswirkungen hat der Binnenmarkt auf das deutsche Versicherungswesen?
18. Ist der freie Warenverkehr für Arzneimittel gewährleistet?
19. Welche Regelungen gewährleisten den Binnenmarkt für Automobile?
20. Wie werden Arbeitnehmer steuerlich und sozialversicherungsrechtlich behandelt, die für kurze Zeit in das europäische Ausland geschickt werden?
21. Erschwert es der Binnenmarkt, gegen illegale Beschäftigung vorzugehen?
22. Inwieweit
 - a) hat die EG-weite Anerkennung der Diplome und Berufsnachweise und
 - b) haben die EG-Austauschprogramme zur Mobilität von Studierenden, Wissenschaftlern und Berufstätigen geführt?
23. Welche Hemmnisse gibt es noch im Rahmen des öffentlichen Auftrags- und Beschaffungswesens?
24. Liegen Informationen darüber vor, inwieweit deutsche Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in den Mitgliedstaaten berücksichtigt werden?
25. Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen für eine baldige EG-weite Liberalisierung des Außenwirtschaftsrechts im Hinblick auf noch vorhandene nationale Einfuhrbeschränkungen, insbesondere gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas?

Wie beurteilt die Bundesregierung die Pläne der EG-Kommission zur Änderung der Entscheidungsverfahren über Handelschutzmaßnahmen?
26. Wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarkts die Beibehaltung des Artikels 115 im EG-Vertrag?
27. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der in den EG-Richtlinienentwürfen betreffend gemeinsamer Vorschläge für den Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarkt gewählten Maßnahmen für die wirtschaftliche Situation Deutschlands und der anderer Mitgliedstaaten?

28. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwürfe der EG-Kommission zu einer Neuregelung der Kohlebeihilfen?
29. Wie beurteilt die Bundesregierung die Erfahrungen mit der EG-Fusionskontrolle?
30. Sieht die Bundesregierung im neu in den EG-Vertrag eingeführten Artikel 130 – „Industriepolitik“ – die Gefahr für eine Beeinträchtigung des Binnenmarktgeschehens?

31. Sieht die Bundesregierung in dem EG-Dokument „Europa 2000 – Perspektiven der künftigen Raumordnung in der Gemeinschaft“ eine ausreichende Grundlage, die räumlich ausgewogene Entwicklung im Binnenmarkt zu stärken?

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Empfehlung des Beirates für Raumordnung „Zu einem europäischen Raumentwicklungskonzept“ (Bulletin Nr. 124, S. 1138 vom 19. November 1992), daß die Aufstellung eines europäischen Leitbildes durch die Mitgliedstaaten unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips erfolgen sollte?

32. Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit dem Wettbewerb in der Bauwirtschaft im grenznahen Bereich, und welche Entwicklungsperspektiven sieht sie?
33. Liegen der Bundesregierung Hinweise vor, aus denen zu ersehen ist, welche erweiterten Chancen Frauen auf dem europäischen Binnenmarkt zur Verfügung stehen?
34. Welche Chancen eröffnet der Binnenmarkt für die europäische Jugend?

Bonn, den 28. April 1993

Peter Kittelmann
Michael Stübgen
Dr. Renate Hellwig
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Dr. Andreas Schockenhoff
Peter Bleser
Georg Brunnhuber
Dr. Hermann Schwörer
Dr. Harald Schreiber
Wolfgang Vogt (Düren)
Friedrich Vogel (Ennepetal)
Hartmut Koschyk
Editha Limbach
Wilfried Böhm (Melsungen)
Wilfried Seibel
Dankward Buwitt
Dr. Gero Pfennig
Ulrich Adam
Anneliese Augustin
Dietrich Austermann
Dr. Wolf Bauer
Dr. Joseph-Theodor Blank
Renate Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Klaus Brähmig
Paul Breuer
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Wolfgang Dehnel
Renate Diemers
Dr. Karl H. Fell
Leni Fischer (Unna)
Erich G. Fritz
Hans-Joachim Fuchtel
Elisabeth Grochtmann
Claus-Peter Grotz
Rainer Haungs
Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach)
Manfred Heise
Dr. h. c. Adolf Herkenrath
Dr. Paul Hoffacker
Josef Hollerith
Siegfried Hornung
Karin Jeltsch
Dr. Egon Jüttner
Dr. Harald Kahl
Steffen Kampeter
Günter Klein (Bremen)
Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)
Franz Heinrich Krey

Dr. Ursula Lehr
Christian Lenzer
Dr. Manfred Lischewski
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Dr. Dietrich Mahlo
Günter Marten
Dr. Hedda Meseke
Hans-Werner Müller (Wadern)
Johannes Nitsch
Dr. Rolf Olderog
Friedhelm Ost
Norbert Otto (Erfurt)
Dr. Gerhard Päselt
Dr. Friedbert Pflüger
Ronald Pofalla
Hans Raidel
Otto Regenspurger
Erika Reinhardt
Klaus Riegert
Werner Ringkamp
Franz Romer
Kurt J. Rossmanith
Adolf Roth (Gießen)
Ortrun Schätzle
Christian Schmidt (Fürth)
Michael von Schmude
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Wolfgang Schulhoff
Karl-Heinz Spilker
Karl Stockhausen
Ferdinand Tillmann
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Alois Graf von Waldburg-Zeil
Herbert Werner (Ulm)
Dr. Dorothee Wilms
Simon Wittmann (Tannesberg)
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr. Helmut Haussmann
Dr. Cornelia von Teichman
Georg Gallus
Burkhard Zurheide
Torsten Wolfgramm (Göttingen)
Uta Würfel
Arno Schmidt (Dresden)
Dr. Gisela Babel
Ulrich Irmer
Dr. Otto Graf Lambsdorff
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

